

Bitte zurücksenden an

**Stadt Delmenhorst
Fachdienst Wirtschaftsförderung
Lange Straße 128
27749 Delmenhorst**

**Telefon: (04221) 99-1181
Telefax: (04221) 99-1280**

Eingangsstempel der Stadt Delmenhorst

**Antrag auf Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen zur Förderung von
Unternehmen, Freiberuflern und Existenzgründern in der Stadt Delmenhorst**
gem. der Richtlinie zur Förderung von Unternehmen, Freiberuflern und Existenzgründern in der Stadt Delmenhorst

1. Angaben zum Antragsteller

1.1 Kontaktdaten

Name des Unternehmens:

Name, Vorname

Inhaber/Geschäftsführer:

Name, Vorname

Gesellschafter:

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Wohnort:

Telefon, Telefax:

E-Mail-Adresse

Internetseite:

Wirtschaftsbereich:

gewerbliches Unternehmen

Freiberufler

Handwerk/handwerksähnlich

Name, Vorname Ansprechpartner:
(falls abweichend vom Antragsteller*)

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Wohnort:

Telefon, Telefax:

E-Mail-Adresse

*) Falls außenstehende Person/außenstehendes Unternehmen (Steuerberater etc.) beauftragt werden soll, bitte Vollmacht beifügen.

1.2 Steuer- und Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Gründungsdatum (tt.mm.jjjj)

Steuernummer

Rechtsform

Zuständiges Finanzamt

Betriebsnummer



1.3 Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte

Bezeichnung des Wirtschaftszweiges/der Branche

1.4 Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei kleinen und mittleren Unternehmen

- Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stamanteile unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer anderen öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlichen Stellen ist? **oder**
- Hält das Unternehmen Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen? **oder**
- Erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten? **oder**
- Bestehen Personenverflechtungen durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen mit anderen Unternehmen, die ganz oder teilweise in dem selben Markt oder in benachbarten Märkten tätig sind?

nein ja

1.5 Unternehmensklassifizierung

Anzahl der beschäftigten
Arbeitskräfte (ohne Auszubildende) im Unternehmen

Jahresumsatz

Jahresbilanzsumme

< 10

< 2 Mio. Euro

< 2 Mio. Euro

10 – 49

2 - 10 Mio. Euro

2 - 10 Mio. Euro

50 – 249

> 10 Mio. - 50 Mio. Euro

> 10 Mio. - 43 Mio. Euro

> 249

> 50 Mio. Euro

> 43 Mio. EURO

Die Angaben beziehen sich auf den letzten durchgeführten Jahresabschluss. Bei neu gegründeten Unternehmen, die noch keinen Jahresabschluss vorlegen können, wird für das laufende Geschäftsjahr nach Treu und Glauben geschätzt.

Unternehmensklassifizierung:

(von der Behörde auszufüllen)

1.6 Das Unternehmen ist kein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der EU-Definition (siehe Anlage)

1.7 Gegenstand des Unternehmens

Unternehmensdarstellung (Bitte beachten Sie die „Hinweise zur Antragstellung“; ggf. gesondertes Blatt verwenden.)

1.8 Ist das Unternehmen im Straßentransportsektor tätig? nein ja



2. Angaben zum Vorhaben

2.1 Ort, an dem die Investition getätigt bzw. die Maßnahme durchgeführt werden soll

(wenn abweichend von Ziff. 1)

PLZ	Ort	Straße, Hausnummer
-----	-----	--------------------

2.2 Befinden sich weitere Betriebsstätten des Antragstellers in derselben Gemeinde?

- nein ja → Geben Sie bitte die Anschrift/-en der Betriebsstätte/-n und den Wirtschaftszweig an
(Bitte nutzen Sie ggf. die Rückseite oder fügen eine eigene Anlage bei.)

PLZ	Ort	Straße, Hausnummer
Wirtschaftszweig/Branche		

2.3 Art des Vorhabens

Es handelt sich um folgendes arbeitsplatzbezogene Vorhaben (Punkt 2.1 der Richtlinie):

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Errichtung einer Betriebsstätte | <input type="checkbox"/> Änderung des Produktionsverfahrens |
| <input type="checkbox"/> Erweiterung einer Betriebsstätte | <input type="checkbox"/> Erwerb einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte |
| <input type="checkbox"/> Verlagerung einer Betriebsstätte | |

Es handelt sich um folgendes nicht-investive Vorhaben (Punkt. 2.2 der Richtlinie):

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Erstellung/Überarbeitung einer Internetpräsenz | <input type="checkbox"/> Technologie- und Innovationsberatung |
| <input type="checkbox"/> Erstmalige Teilnahme an einer Messe im In- oder Ausland | <input type="checkbox"/> Marketingmaßnahme |
| <input type="checkbox"/> Inanspruchnahme von Dienstleistungen externer Berater | <input type="checkbox"/> Anmietung von Gewerbeflächen |

2.4 Detaillierte Beschreibung und Begründung des Vorhabens

(Gilt für alle Vorhaben gem. Pkt. 2.3. Bitte beachten Sie die „Hinweise zur Antragstellung“; ggf. gesondertes Blatt verwenden.)

2.5 Angaben zu Verlagerungsinvestitionen

Werden in einem sachlichen und zeitlichen Zusammenhang zu dem in Ziff. 2.3 dieses Antrags bezeichneten Vorhaben in einer anderen, mit dem Unternehmen verbundenen Betriebsstätte, Arbeitsplätze abgebaut?

- nein ja



3. Angaben zu den Arbeitsplatzzielen

(Nur bei Vorhaben gem. Punkt 2.1 der Richtlinie.)

Hinweise: Saisonarbeitsplätze finden mit ihrer jahresdurchschnittlichen tariflichen Arbeitszeit Berücksichtigung, wenn sie auf Dauer angeboten werden, jedoch aus Gründen der Jahreszeit nicht dauernd besetzt werden können. Teilzeitarbeitsplätze, die sozialrechtlich wegen Geringfügigkeit nicht zur Versicherungspflicht führen, z. B. 450-€-Kräfte, Aushilfskräfte, Praktikanten und ABM-Kräfte sind hier nicht einzutragen.

3.1 Vorhandene Dauerarbeitsplätze bei Investitionsbeginn

	Frauen		Männer		Gesamt
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	
Dauerarbeitsplätze					
Ausbildungsplätze					

Name	Vollzeit	Teilzeit	Stunden/Woche	Ausbildungsplatz
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

3.2 Geschaffene (zusätzliche) Dauerarbeitsplätze nach Vorhabenende

	Frauen		Männer		Gesamt
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	
Dauerarbeitsplätze					
Ausbildungsplätze					

Name	Vollzeit	Teilzeit	Stunden/Woche	Ausbildungsplatz
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

3.3 Gesicherte Dauerarbeitsplätze nach Vorhabenende

	Frauen		Männer		Gesamt
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	
Dauerarbeitsplätze					
Ausbildungsplätze					

Name	Vollzeit	Teilzeit	Stunden/Woche	Ausbildungsplatz
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Dauerarbeitsplätze müssen nicht nur physisch geschaffen, sondern auch tatsächlich für die Dauer von mindestens drei Jahren besetzt bzw. auf dem Arbeitsmarkt angeboten werden.

3.4 Betriebsübliche Wochenarbeitszeit: _____ Stunden



4. Investition und Finanzierung

4.1 Die Investitionskosten des arbeitsplatzbezogenen Vorhabens gem. Ziff. 2.3 betragen:

_____ €.

4.2 Die Kosten des nicht-investiven Vorhabens gem. Ziff. 2.3 betragen:

_____ €.

4.3 In den vorher genannten Beträgen ist die Mehrwertsteuer enthalten nicht enthalten

4.4 Mein/Unser Unternehmen ist zum Vorsteuerabzug berechtigt nicht berechtigt

4.5 Darstellung der Finanzierung des Vorhabens

- Hinweise:
- Die Gesamtfinanzierung muss gesichert sein.
 - Sofern Fremdmittel in Anspruch genommen werden, sind eine entsprechende Finanzierungsbestätigung sowie Kopien aller Kreditverträge vorzulegen.

	EUR
Beantragter Zuschuss*	
Eigenkapital	
Bankdarlehen	
Öffentliches Darlehen (die Finanzierungsquelle ist anzugeben: _____)	
Sonstiges (die Finanzierungsquelle ist anzugeben: _____)	
Gesamtfinanzierung	

* Die Förderung beträgt bei arbeitsplatzbezogenen Vorhaben max. 2.500 € pro neu geschaffenem und max. 1.000 € je gesichertem Dauerarbeitsplatz. Die Höchstfördersumme beträgt 50.000 €. Bei nicht-investiven Vorhaben beträgt die Förderung 50 % der Kosten, max. 1.000 €.

Subventionswert der öffentlichen Finanzierungshilfen
(von der Behörde auszufüllen)

4.6 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Vorhabenbeginn (tt.mm.jjjj): _____ Vorhabenende (tt.mm.jjjj): _____

Hinweis: Der Zeitraum ist auf 36 Monate begrenzt und endet spätestens am 31.12. des zweiten Folgejahres.

5. Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte Beihilfen oder De-minimis-Beihilfen

Hiermit wird bestätigt, dass ich bzw. das auf Seite 1 genannte Unternehmen im laufenden sowie in den vergangenen zwei Kalenderjahren keine/ folgende Beihilfen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 352/1 vom 24. Dezember 2013 bzw. der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union Nr. L 114/8 vom 26. April 2012 (im folgenden DAWI-De-minimis-Beihilfen genannt) erhalten oder aktuell beantragt habe/hat.

Bewilligung/Antrag vom	Beihilfegeber/Aktenzeichen	Förderprogramm	Form der Beihilfe	De-minimis-Beihilfe	DAWI-De-minimis-Beihilfe	Beihilfenswert in €

6. Erläuterungen zu den Ziffern im Antragsformular

1.4 Sofern das Unternehmen zu 25% oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz eines anderen oder mehrerer Unternehmen oder Unternehmer steht, ist vom Antragsteller anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger sind. Handelt es sich bei den Unternehmen oder Unternehmern um öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger, ist auch anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen der Unternehmer einzeln oder aber gemeinsam Kontrolle über das Unternehmen ausüben. Ist aufgrund der Kapitalstreuung nicht zu ermitteln, wer die Anteile hält, ist durch den Antragsteller die auf Seite 7 aufgeführte Erklärung abzugeben.

1.5 Maßgeblich ist die Situation im Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Bewilligung einer Förderung; Änderungen sind daher der zuständigen Behörde mitzuteilen.

3. Hat der Antragsteller mehrere Betriebsstätten desselben Gewerbebetriebes in derselben Gemeinde, so ist für alle diese Betriebsstätten die Zahl der bisher schon vorhandene und besetzten Dauerarbeitsplätze anzugeben und dann die Zahl der in allen diesen Betriebsstätten nach Abschluss des zu fördernden Investitionsvorhabens vorhandenen und besetzten bzw. zu besetzenden Dauerarbeitsplätze gegenüberzustellen. Teilzeitarbeitsplätze werden wie folgt berücksichtigt: Ein Teilzeitarbeitsplatz wird im Verhältnis der wöchentlichen Arbeitsstunden zu der Anzahl der Arbeitsstunden eines Vollzeitarbeitsplatzes anteilig berücksichtigt.

4.1/4.2 Die Beträge sind in Euro auszuweisen. Gegebenenfalls sind hier Planzahlen einzusetzen. Unvorhergesehene Investitionskostenerhöhungen können unter bestimmten Voraussetzungen nachträglich geltend gemacht werden; sie sind in jedem Fall unverzüglich nach Bekanntwerden der antragsnehmenden Stelle bekannt zu geben. Zur Ermittlung der förderfähigen Kosten des Investitionsvorhabens bzw. der Maßnahme sind ggf. sämtliche Einzelpositionen der Ziff. 4.1/4.2 betragsmäßig auszuweisen.

5. Änderungen über die hier gemachten Angaben sind unverzüglich bekannt zu machen, sofern sie vor der Zusage für die hier beantragten Mittel bekannt werden.

7. Erklärungen und Einwilligungen

1. Ich/Wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Abgabe des Antrags bei der zuständigen Bewilligungsbehörde bzw. vor Durchführungsbeginn zu beginnen. Mir/Uns ist bekannt, dass unter Beginn des Vorhabens grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages verstanden wird. Mir/Uns ist bekannt, dass der Grunderwerb (mit Ausnahme des Erwerbs einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte) und bei Baumaßnahmen die Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn des Vorhabens angesehen werden.

2. Mir/Uns ist von der Bewilligungsbehörde bzw. der von ihr ermächtigten Stelle bekannt gemacht worden, dass folgende in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist: Angaben zum Antragsteller (Ziff. 1.1), steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (Ziff. 1.2), Wirtschaftszweig, Fertigungsprogramm oder Art der gewerblichen Tätigkeit (Ziff. 1.3, 1.7, 1.8, 2.2), Beteiligungsverhältnisse (Ziff. 1.4), Angaben zur Anzahl der Beschäftigten, zum Jahresumsatz, zur Jahresbilanzsumme (Ziff. 1.5), Investitionsort und weitere Betriebsstätten (Ziff. 1.1 bzw. 2.1, 2.2), Angaben zum Investitionsvorhaben, soweit sie als Tatsachen bereits heute sicher feststehen (Ziff. 2.4), Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze bei Investitionsbeginn (Ziff. 3.1), Beginn des Vorhabens (Ziff. 4.6), Vorförderungen der Betriebsstätte (Ziff. 5).

Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl I S 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

3. Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen.

4. Hiermit erkläre(n) ich/wir, für dieses Vorhaben keine Förderung aus anderen Richtlinien des Landes oder Bundes beantragt zu haben bzw. zukünftig zu beantragen (Ausnahmen siehe Ziff. 4.5 & Ziff. 5). Ich/wir habe/haben das Kumulierungsverbots zur Kenntnis genommen. Mit/uns ist bekannt, dass eine Vorfinanzierung des Zuschussbetrages aus dem Niedersachsenkredit unzulässig ist.

5. Ich/Wir haben die Richtlinie zur Förderung von Unternehmen, Freiberuflern und Existenzgründern in der Stadt Delmenhorst sowie die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) zur Kenntnis genommen. Mir/uns ist bekannt, dass die ANBest-P Bestandteil eines eventuellen Zuwendungsbescheides werden, daher werden sie ab sofort berücksichtigt.

6. Die Bewilligungsstelle kann weitere Unterlagen nachfordern, soweit dies für die Beurteilung des Vorhabens erforderlich ist.

7. Ich/Wir erkläre/n, dass mir/uns bis heute bewilligte Zuwendungen, sei es der Bewilligungsstelle, sei es einer anderen staatlichen Stelle oder der Europäischen Kommission bisher nicht wegen formeller und/oder materieller Rechtswidrigkeit (insbesondere wegen Unvereinbarkeit mit dem EU-Beihilferecht Art. 87, 88 EG-Vertrag) aufgehoben und im Falle einer diesbezüglichen Rückforderungsentscheidung vollständig zurückgezahlt wurde. Mir/uns ist bekannt, dass eine Bewilligung solange unterbleibt, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde. Vorstehende Erklärung ist eine subventionserhebliche Tatsache. Mir/uns ist insoweit ebenfalls bekannt, dass ich/wir jede zukünftige Abweichung meiner/unserer vorstehenden Angaben unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitteilen muss/müssen. Dazu gehören auch zukünftig ergehende Rückforderungsentscheidungen.

8. Ich/wir erklären, dass Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen vergeben werden. Soweit möglich, werden hierzu mindestens drei Angebote eingeholt

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel

Betriebsaufspaltung, Mitunternehmerschaft, Organschaftsverhältnis

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel

Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden oder die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen. Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel

Erklärung zu den Beteiligungsverhältnissen bei kleinen und mittleren Unternehmen

Ich/Wir gehe(n) aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25 % oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist. Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines oder mittleres Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Förderung ist. Da sich die Angaben in den Ziff. 1.2, 1.4 und 1.5 auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf die in den Ziff. 1.2, 1.4 und 1.5 abgefragten Sachverhalt unverzüglich der zuständigen Bewilligungsbehörde schriftlich mitzuteilen.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel

